



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Netzwerks der Spargel und Beerenverbände e.V.**

1. Die landwirtschaftlichen Sonderkulturen sind auf ausländische Erntehelferinnen und Erntehelfer angewiesen. Was werden CDU/CSU in der kommenden Legislaturperiode tun, um den Zugang zu Arbeitskräften auch aus dem Nicht-EU-Ausland zu gewährleisten?

Antwort:

Ziel von CDU und CSU ist es, den Gemüse- und Obstbau in Deutschland zu sichern und die Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken. Obwohl der Konsum von Obst und Gemüse, gerade von Spargel und Beerenobst, steigt und die Verbraucher Wert auf regionale Erzeugung legen, beträgt der Selbstversorgungsgrad in Deutschland bei Gemüse nur ca. 35 Prozent und bei Obst nur 16 Prozent. Ein wesentlicher Faktor ist der Zugang zu Arbeitskräften, insbesondere geeigneten und leistungsfähigen Saisonarbeitskräften, die in der EU immer knapper werden.

Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung bereits 2017 die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um zukünftig auch Saisonarbeitskräfte aus bestimmten Drittstaaten beschäftigen zu können. Dafür sind entsprechende Vermittlungsabsprachen zwischen Deutschland (Bundesagentur für Arbeit) und dem Drittstaat erforderlich. Das ist für die Erntesaison 2021 – trotz Pandemie - mit Georgien gelungen. 5.000 Saisonarbeitskräfte konnten von dort nach Deutschland kommen. Wir wollen weitere Kooperationen mit geeigneten Ländern außerhalb der EU voranbringen.

2. Sowohl der bisherige Mindestlohn, als auch die Arbeit der Mindestlohnkommission werden von unterschiedlichen politischen Seiten attackiert. Welche Pläne haben CDU/CSU in der kommenden Legislaturperiode zum Mindestlohn?

Antwort:

CDU und CSU vertrauen der Mindestlohnkommission, in der die Sozialpartnerpartner (Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter) gemeinsam die zukünftige Höhe des Mindestlohns unabhängig von der Politik festlegen.

CDU und CSU stehen zur Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft und wollen nicht politisch in diesen Prozess eingreifen.

3. Die 70-Tage Regelung bei der sozialversicherungsfreien Beschäftigung ist sehr wichtig für die Landwirtschaft. Während der Corona-Krise wurde sie unbürokratisch ausgeweitet (115/102 Tage), jetzt fordern einige Akteure diese Regelung ab 2022 auf unter 50-Tage zu drücken. Wie steht die Union hierzu?

Antwort:

In der letzten Legislaturperiode konnte die 50-Tage-Regelung befristet auf Wunsch von CDU und CSU auf 70 Tage angehoben werden. In dieser Legislaturperiode konnten wir die Regelung erfolgreich entfristen. Wir halten an dieser aktuellen, unbefristeten Regelung fest.

4. Auf EU- und -Bundesebene werden Maßnahmen zur Plastikvermeidung angestrebt. Erntefolien sind bei den Sonderkulturen ein wichtiges Element, auch um z.B. den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Welche Maßnahmen plant die Union zur Vermeidung von Plastikabfällen in der Landwirtschaft?

Antwort:

Der Einsatz von Folien zur Kultursteuerung wird im Obst- und Gemüsebau immer wichtiger, um die Wünsche der Verbraucher nach gesunden regionalen Lebensmitteln erfüllen zu können und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu stärken. Der Einsatz von Folien muss aber noch umweltfreundlicher werden. Ganz generell wollen wir als CDU und CSU Kunststoffabfälle in allen Bereichen reduzieren und die Wiederverwertung voranbringen. Das gilt auch für die Landwirtschaft. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung von je nach Einsatzbereich wiederverwertbaren und langlebigen oder sehr gut abbaubaren oder leicht recyclingfähigen Folien. Hierbei vertrauen den Kräften des Marktes und auf die Eigenverantwortung der Wirtschaftsakteure. Wir setzen darauf, dass bundesweites Rücknahme- und Verwertungskonzept für Erntekunststoffe noch stärker im Sinne der Kreislaufwirtschaft angenommen werden und unterstützen hierfür bestehende Branchen-Initiativen.

5. Die Westbalkanregelung regelt den Zugang von ungelernten Arbeitskräften nach Deutschland, (z.B. Erntehelfer). Probleme bestehen, z.B. lange Wartezeiten für die Visavergabe. Plant die Union Verbesserungen, z.B. mehr Gruppenverfahren oder vereinfachte Einreise für langjährige Erntehelfer?

Antwort:

CDU und CSU setzen auf die Zuwanderung von Fachkräften. Dabei werden wir Erleichterungen bei der Einreise für langjährige zuverlässige Erntehelfer aus den West-Balkan-Staaten prüfen. Auch Gruppenverfahren sind als Pilotprojekte zu prüfen. Eine vereinfachte Einreise darf jedoch nicht die Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme begünstigen. Wir werden uns daher prioritär dafür einsetzen, dass sich die Wartezeiten durch eine bessere Personalausstattung und Möglichkeiten der digitalen Verwaltung deutlich verkürzen.

6. In bestimmten Sektoren, u.a. dem Pflegebereich, gibt es Pilotprojekte zur Anwerbung von Nicht-EU-Ausländern, auch aus dem nichteuropäischen Raum. Welche Maßnahmen plant die Union, um auch der Landwirtschaft den Zugang zu weiteren dringend benötigten Arbeitskräften zu ermöglichen?

Antwort:

In Deutschland gibt es weiterhin ein hohes Interesse an der Ausbildung in Grünen Berufen. Der häufigste Mangel liegt im Bereich der Hilfskräfte. Vor dieser Herausforderung stehen fast alle Wirtschaftsbereiche. Den Fachkräfteausbildung/-gewinnung wollen wir durch ein Bündel an Maßnahmen unterstützen. Hierzu zählt insbesondere eine weitere Aufwertung des Images der landwirtschaftlichen Tätigkeit und Smart Farming. Wir werden prüfen, ob bestehende Austauschprogramme weiter gestärkt werden können und ob weitere Pilotprojekte zu einem Abbau des Arbeitskräftemangels beitragen können.

7. Die Doppelkennzeichnung der Herkunftsländer von Produkten im Einzelhandel verunsichert Kunden. Daher sollte die Herkunft der wesentlichsten Rohstoffe genannt werden. Um den sinkenden Selbstversorgungsgrad bei Obst & Gemüse aufzuhalten, brauchen heimische Produkte „ein Gesicht“. Was plant die Union?

Antwort:

CDU und CSU wollen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennen können, was in den Lebensmitteln steckt, woher sie kommen und wie sie erzeugt wurden. So bringen wir sie auch wieder näher mit der Landwirtschaft zusammen.

Bei den meisten frischen Obst- und Gemüsearten ist die Angabe des Ursprungslands bereits verpflichtend. Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine aussagekräftige und besser erkennbare Herkunftskennzeichnung für weitere Lebensmittel ein. Eine für den Verbraucher irreführende Doppelkennzeichnung ist grundsätzlich nicht zulässig und von uns auch nicht gewünscht, da hier Verbrauchertäuschung droht. Dort wo es Regelungslücken gibt, werden wir prüfen, wie diese geschlossen werden können.

Da immer mehr Menschen Wert auf regionale Lebensmittel legen und sie damit die heimische Landwirtschaft und die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken, wollen wir zudem Regionalität besser sichtbar machen und das sogenannte Regionalfenster als Kennzeichnung weiterentwickeln.

Darüber hinaus werden wir mit der Branche eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den Weg bringen. Sie soll für heimische regionale Produkte, unsere hohen Standards und unsere Art zu produzieren werben. So wollen wir mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft erreichen.

8. Die Wasserverfügbarkeit ist ein wichtigster Produktionsfaktor für Obst- und Gemüsebetriebe. Daher müssen für den regionalen Anbau Wasserrechte vorrangig eingeräumt werden. Die wassersparende Bewässerung sowie Wasserspeicher sollten weiter gefördert werden. Was plant die Union hierzu?

Antwort:

Landwirtschaftliche Kulturen, insbesondere die empfindlichen Obst- und Gemüsekulturen, sind zwingend auf eine ausreichende Wasserversorgung angewiesen. Sie dienen unserer Ernährung, was in der nationalen Wasserstrategie und im Ausgleich mit anderen Interessen entsprechend berücksichtigt werden muss. Um eine ausreichende Wasserversorgung auch

unter den Bedingungen des Klimawandels sicherzustellen und Nutzungskonflikte zu vermeiden, werden wir die Betriebe bei der Entwicklung angepasster Anbaumethoden und angepasster Pflanzen sowie beim Einsatz ressourcenschonender Bewässerungstechnologien unterstützen. Vor allem Dingen gilt es neue Schwerpunkte im Wassermanagement zu setzen. Statt unseres bisherigen Wassermanagements einschließlich der entsprechenden Technikentwicklung, das weitgehend auf die Drainage von Wasser ausgerichtet ist, gilt es das Wasser in Zukunft viel stärker in der Fläche zu halten.